

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Nr. 265.

Dresden, Mittwoch den 15. November 1916.

27. Jahrg.

Verteidigung und Frieden.

Von Philipp Scheidemann.

Das deutsche Volk führt diesen Krieg als Verteidigungskrieg zur Sicherung seines nationalen Existenz und seiner freien Fortentwicklung. Niemals ist etwas anderes von uns behauptet, etwas anderes gemollt worden. So der Reichskanzler im Hauptausdruck des Reichstages am 9. November. Er bestätigt damit, was von sozialdemokratischer Seite in Parlament und Presse unzählige Male gesagt worden ist. Im Grundsätzlichen besteht also die Bestimmung von den Spitzen des Staatswesens bis zu ihrem Fundament.

Wie lange soll noch der furchtbare, ganz Europa verheerende Kampf fortauern? Das ist der Gedanke, der alle beherrscht. Alle erklären: Solange bis feststeht, daß die Cyber nicht unumstößlich gebracht sind, für gewiß ist, daß ein solcher Krieg nicht noch einmal die Menschheit heimtucht. Diese Sicherheit wollen alle.

Kann in diese Sicherheit erreicht? Wenn alle Völker sich verbünden haben? Gibt es wirklich noch einen so kurzschichtigen Menschen, der in der Einbildung lebt, der einen Weltkrieg zu schlagen, daß ihr der Frieden diktiert und dadurch die Sicherheit gegen eine Wiederholung des Krieges gesichert werden kann?

Ein Narr, wer das glaubt, nachdem der Kampf im 28. Monat tobt.

Ziele — bei uns sowohl wie in den feindlichen Staaten — haben immer noch nicht die Bedeutung dieses Koalitionskrieges erkannt. Wohl konnte im deutsch-französischen Kriege, im russisch-japanischen, und erst nach dem Weltkrieg im Krieges Europas gegen die Büren eine klare Entscheidung herbeigeführt werden. Eine solche Entscheidung ist nicht möglich, wenn sich zwei so ungeheure einander das Gleichgewicht haltende Mächtegruppen gegenüberstehen, wie in diesem beispiellosen Kriege.

Die ganze nationale Wirtschaft ist in den Kriegsdienst gestellt. Und wie in den anderen Ländern soll auch bei uns die Munitionserzeugung noch gewaltig gesteigert werden. Alle Völker sind entschlossen, den letzten Hauch dranzusetzen, um eine Niederlage zu verhüten.

Die Niederlage zu verhüten, das sollte und das kann nur der Siegespreis für alle sein. Denn der Sieg, der Kräfte und der Junge in allen Ländern gefordert worden ist, dieser Sieg war nur ein Traum, der ausgeträumt sein sollte überall: jenseits wie jenseits der Bogen, diesseits und jenseits des Kanals. Die Eroberung Elb-Lothringens, die Verschiebung der deutsch-französischen Grenze an den Rhein — das war ein ebenso wilder Traum wie es die Kriegsjahre der deutschen Verbände und die russische Sehnsucht nach Schesien und Süpreußen gewesen sind.

Für Deutschland ist die Abwehr einer ungeheuren Übermacht Sieg genug. Denn dieser Sieg bedeutet, daß das Reichsgebiet unzerstört bleibt, daß die politische Selbstständigkeit des Reiches ebenso unangefastet bleibt, wie seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit. Was wollten wir mehr? Wir sind in diesen Krieg nur zur Verteidigung gegangen und stehen noch immer im Zeichen des Wortes, das am Anfang dieses Krieges stand: „Uns treibt nicht Eroberungsgeist.“ Entlicher noch als bisher hat der Reichskanzler am 9. November verkündet, daß er niemals daran gedacht habe, Belgien zu annektieren. Daß er noch weniger daran gedacht hat, den Franzosen Landgebiet zu entreißen, ist selbstverständlich.

Stetlich hat Herr v. Bethmann-Sollweg früher einmal den „reinen Garantien“ im Westen gesprochen. Schon vor Jahre und Tag habe ich darauf hingewiesen, daß solche Garantien am besten durch einen Vertrag gegeben werden, auf den sich ein dauernder Frieden gründen kann. In diesem Sinne sind ja aus allen kriegführenden Ländern heraus im Laufe dieser Kriegsjahre internationale Abmachungen verlangt worden, die Garantien gegen die Wiederkehr eines Krieges bieten sollen.

In Deutschland hat man sich mit dieser Frage öffentlich nicht am wenigsten beschäftigt. Sie lebt aber und wirbt immer neue Anhänger in der ganzen Welt. Und auch der Reichskanzler hat sich in seiner Rede vom 9. November als Anhänger des von Wilson und Grey propagierten „Internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens“ bekannt. Wenn Herr v. Bethmann-Sollweg in seiner Rede die Freiheit der Meere verlangt hat, so ist auch dies eine Gelegenheit, die in letzter Linie nicht auf dem grünen Feld, sondern nur am grünen Tisch der Friedensverhandlungen geordnet werden kann.

Man kann die Ausführungen des Reichskanzlers in vier Punkte zusammenfassen:

1. Deutschland hat diesen Krieg nicht gewollt.
2. Deutschland führt diesen Krieg nur als einen Verteidigungskrieg.
3. Deutschland hat nie daran gedacht, Belgien zu annektieren.
4. Deutschland ist bereit, einem internationalen Bund zur Bewahrung des Friedens beizutreten.

Wieder Großkampftage an der Somme. — Verlustreicher Zusammenbruch der feindlichen Anstürme. — In der Balahoi 1800 Rumänen gefangen.

(M. T. S.) Antlich. Großes Hauptquartier, den 15. November 1916:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Schlacht nördlich der Somme dauert an. Vom Morgen bis zur Nacht anhaltendes Ringen rückt auf den 14. November in die Reihe der Großkampftage.

Hoffend, den Anfangserfolg ausnützen zu können, griffen die Engländer mit starken Massen erneut nördlich der Somme und mehrmals zwischen le Sars und Gueudecourt an. Zwar gelang es ihnen, das Dorf Beaucourt zu nehmen; aber an allen anderen Punkten der breiten Angriffsfronten brach die Wucht ihres Ansturmes verlustreich vor unseren Stellungen zusammen. Besonders hervorragen haben sich bei der Abwehr des feindlichen Ansturmes das Magdeburgische Infanterieregiment Nr. 66 und das baltische Infanterieregiment Nr. 169 sowie die Regimente der 4. Garde-Infanterie-Division.

Starker Kräfteinsatz der Franzosen galt dem Gewinn des Waldes St. Pierre-Sault. Den Angriffen blieb jeder Erfolg verweigert; sie endeten in blutiger Niederlage.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Auf dem Ostufer der Karajowka richteten sich gegen die feindlich von uns genommenen Stellungen westlich von Gorn. Rasno-

lesle wütende russische Angriffe, die sämtlich, an einer Stelle durch Gegenstoß, abgewiesen wurden.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl:

An der Ostfront von Siebenbürgen herrschte nur geringe Gefechtsaktivität.

In den für uns erfolgreichen Wald- und Gebirgszügen längs der in die Richtung führenden Straßen haben die Rumänen getötet an Gefangenen 23 Offiziere und 1800 Mann, an Leute 4 Geschütze und mehrere Maschinengewehre eingebüßt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenski:

Keine Veränderung der Lage. Die Stellung Bulach ist von Mlegern mit Bomben beworfen worden.

Macedonische Front:

Den heftigen französischen Angriffen in der Ebene von Konahir haben bulgarische Truppen, dabei das Regiment Balakoffi, Sr. Majestät des Kaisers, unverwundt standgehalten.

Im Gerna-Raon gelang es dem Gegner, einige Höhen zu nehmen. Im Hauptkampf gegen die Entstellungen zu vermeiden, ist unsere Verteidigung dort zurückverlegt worden.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Bulgarischer Bericht.

† Sofia, 14. November. Antlicher Bericht. Macedonische Front: Südlich des Malt-Sees griffen unsere vorgeschobenen Abteilungen schwache französische Abteilungen an und warfen sie auf kurze Distanz. Zwischen dem Prespa-See und der Eisenbahn Bitolla (Monastir) — Berlin lebhaftes Artilleriefeuer. Auf der Front Krenal-Polag schickten alle Angriffe des Feindes unter schweren Verlusten. Der Gegner wiederholte seine Angriffe während der Nacht zum

14. November, er wurde aber wieder zurückgeschlagen. Im Nordost, am Fuße der Belasica Planina und im Strumitska saywades Artilleriefeuer und an einzelnen Stellen Patrouillengefechte. — Rumänische Front: Osterrückungartische Routen drücken unter Führung von Feuer der Küstenbatterien, von Gurajin auf unser Ufer sieben Schiffe, darunter fünf beladene. In der Dobrußida näherten sich vorgeschobene feindliche Abteilungen unseren Stellungen. Kein Ereignis von Bedeutung.

Durch diese Erklärung des Reichskanzlers ist eine Grundlage gegeben, auf der über den Frieden verhandelt werden kann, wenn die anderen verhandeln wollen. Wenn die Staaten, die mit uns im Kampfe stehen, nicht darauf ausgehen, uns zu vergewaltigen, und wenn sie sich damit begnügen, nicht mehr aus diesem Kriege zu holen, als was Deutschland erreichen will, dann gibt es keine Notwendigkeit, den Krieg fortzusetzen. Würden die Gegner nach der Erklärung des Reichskanzlers einen neutralen Vermittlungsversuch, der wohl nicht lange ausbleiben wird, zurückweisen, so würden sie damit vor aller Welt die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges auf sich nehmen. In wenigen Wochen wird wieder von den Kanzeln aller christlichen Länder Europas die frohe Weihnachtsbotschaft verkündet: „Frieden auf Erden!“ Sollten wir auch dieses dritte Weihnachtsfest im Krieg erleben müssen — es wäre nicht unsere Schuld und nicht unser Willen.

Die Einberufung des Reichstags.

Laut Berliner Tageblatt wird der Reichstag zur Verabschiedung eines Gesetzes über die Einführung der allgemeinen Zivildienstpflicht vermutlich noch Ende dieses Monats oder Anfang nächsten Monats berufen werden. Die Entscheidung des Bundesrats in der Frage ist wahrscheinlich schon am Donnerstag zu erwarten.

Einige Blätter deuteten an, es könne oder solle neben der Einführung der Zivildienstpflicht auch die Verlängerung der Wehrpflicht, etwa bis zum 50. Jahre, beabsichtigt sein. Das Berl. Tagebl. teilt nun auf Grund von Erkundigungen an zuständiger Stelle mit, diese Andeutungen und Anregungen seien völlig gegenstandslos. Jegend ein Zusammenhang zwischen der Wehrpflichtfrage und der Einführung der Dienstpflicht bestehe nicht und eine Verlängerung der Landsturmpflicht sei nach wie vor nicht beabsichtigt.

Pressestimmen über die Zivildienstpflicht.

Der Vorwärts führt, in Übereinstimmung mit den von uns gemachten Darlegungen über den neuen großen Dienstpflichtplan, u. a. folgendes an:

Die Sozialdemokratie verlangt die Organisation der Produktion im allgemeinen Volkinteresse, das Zurückstellen aller Einzelinteressen hinter das Gesamtinteresse. Aber ihr Friedenssozialismus ist doch etwas ganz anderes als der Kriegsozialismus von heute, denn er erstrebt eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltung, während der Kriegsozialismus eine entgegengesetzte Wirkung nicht ausschließt. Die Arbeiter werden nur einer solchen

Lösung des Problems zustimmen können, die sie vor einer Verschlechterung ihrer Lebenslage schützt. Ein Zwang, besser lohnende Arbeit auszugeben und sie mit schlechter lohnender zu vertauschen, ein Zwang, auf besser lohnende Arbeit zu verzichten und bei der schlechter lohnenden zu verbleiben, darf nicht ausgeübt werden!...

Bei einer entsprechenden Organisation wird auf die Ausübung des Zwanges überhaupt so gut wie ganz verzichtet werden können.

Dazu behält es tätiger Mitarbeit der Gewerkschaften, denen alle Arbeiter angeschlossen werden sollten. Dann kann die Organisation der Arbeiter-Selbstverwaltung zu entsprechenden Bedingungen kräftig überall dorthin vermitteln, wo sie gebraucht werden. Je besser der Lohn, die allgemeinen Arbeitsbedingungen, die Unterfrucht, die Ernährung, die Sicherung der etwa zurückbleibenden Familien, desto sicherer wird mit der Bekleidung der notwendigen Freiwilligen zu rechnen sein. Bleiben sie trotz alledem aus, so können die organisierten Arbeiter — ähnlich wie bei Freizüg, wo gemacht die Unverheirateten abweisen — selbst aus ihrer Mitte diejenigen bestimmen, die dem Ruze nach der neuen Arbeitsschle zu folgen haben.

Zwang zum Arbeitswechsel oder Verhinderung des Arbeitswechsels sollte niemals erfolgen dürfen, ohne daß dem Arbeiter Gelegenheit zum Einspruch gegeben wird. Über diesen Einspruch müßten Schlichtergerichte entscheiden, in denen der Arbeiterhandpunkt zu ausgleichender Vertretung gelangt. Ebenso müßten Schlichtergerichte über alle Streitigkeiten entscheiden, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben.

Bis zu einem gewissen Grade werden hier die in der Metallindustrie bereits bestehenden Einrichtungen als Vorbild dienen können.

Man wird sich in der Regierung und im Reichstage klar darüber sein müssen, daß Arbeiterinteressen und Produktionsinteressen vollständig gleichlaufen. Die Ware Arbeitskraft unterwirft sich eben von anderen Waren dadurch, daß sie sich nicht einzeln beschlagnahmen läßt. Sie ist nichts Totes, Etwas, sondern etwas Menschlich-Verständliches. Die militärische Disziplin kann wohl die einfachen Einrichtungen des Kriegshandwerks regulieren, nicht aber den komplizierten Aufbau hochwertiger Qualitätsarbeit. Ein Versuch, die gesamte Wirtschaft einfach mit dem Korporalstand zu regieren, würde eine Verschlechterung und Verminderung der Produktion zur Folge haben.

Berliner Tageblatt:

... Der Reichstag würde, davon sind wir überzeugt, seine Zustimmung dazu geben, wenn ihm die absolute Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugend nachgewiesen würde. Aber man wird es ihm nicht verdenken können, wenn er sich gleichzeitig eine Mitwirkung an diesem neuen gewaltigen Organismus, der alle Begriffe persönlicher Freiheit umwirft, zu sichern verucht. Das ist kein unbilliges Verlangen.

... Dabei kommt vor allem die Erwägung in Frage, ob es angängig ist, weite Kreise der Bevölkerung zwangsweise für Industriezweige arbeiten zu lassen, die, mögen sie auch, direkt oder indirekt, dem Heere dienen, doch Privatbetriebe mit Privatinteressen sind, ohne